

Elterngeld und soziale Normen



Bericht von Ulrike Unterhofer, Clara Welteke und Katharina Wrohlich

Elterngeld hat soziale Normen verändert 659

Interview mit Katharina Wrohlich

»Rollenverständnis von Vätern und Müttern
ist durch Elterngeld ein Stück weit egalitärer geworden« 668

Am aktuellen Rand Kommentar von Martin Gornig

Qualitätssiegel „Made in Germany“ ist noch zu retten 672



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang
23. August 2017

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Mathias Hübener

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland zum Stillstand gekommen

(Ergebnisse der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamt-
rechnung für das zweite Quartal 1977)

Nachdem gegen Jahresende 1976 der Übergang zu einem sich selbst tragenden Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland gelungen zu sein schien, bewirkte nun die seit Jahresbeginn schwache Ordertätigkeit wieder eine Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Produktionstempos. Auch für die nächsten Monate läßt der Verlauf der Auftragseingänge in der Industrie keine nennenswerte Aufwärtsbewegung der Produktion erwarten. Die Annahme, daß die Auftragseingangsstatistik mit ihren immer noch vorläufigen Daten für 1977 ein zu ungünstiges Bild des Konjunkturverlaufs zeichnet, ist wohl revisionsbedürftig, wahrscheinlich ist der Niveauverlust zu Jahresbeginn weniger auf die Umstellung der Industriestatistik zurückzuführen als auf die im ganzen veränderte konjunkturelle Lage.

aus dem Wochenbericht Nr. 34 vom 25. August 1977

Elterngeld hat soziale Normen verändert

Von Ulrike Unterhofer, Clara Welteke und Katharina Wrohlich

Das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld hat soziale Normen verändert. Wie dieser Bericht zeigt, gehen die meisten Frauen nach der Geburt ihres Kindes ein Jahr in Elternzeit – vor allem Mütter mit mittleren und höheren Einkommen, die von den früheren Erziehungsgeldregelungen nicht hätten profitieren können, pausieren also länger von ihrem Beruf. Weitgehend gesellschaftlich akzeptiert ist, dass auch Väter Elternzeit nehmen, meist zwei Monate. Die Analysen verdeutlichen, dass nicht nur die finanziellen Anreize selbst, sondern auch das Verhalten von Arbeitskolleginnen Eltern in diese Richtung gelenkt haben. Darüber hinaus wirkt das Elterngeld auch auf Personen, die gar nicht selbst Elterngeld beziehen: So haben viele Großeltern, deren Söhne nach Einführung des Elterngeldes Kinder bekommen haben, ihre Vorstellungen von Geschlechterrollen verändert. Um eine egalitäre Aufgabenverteilung bei der Erwerbs- und Familienarbeit zu forcieren, sind Erweiterungen des Elterngeldes, beispielsweise das vom DIW Berlin untersuchte Modell einer Familienarbeitszeit, geeignet. Auch Geldleistungen, die beispielsweise an eine stärkere Beteiligung der Väter bei der Kinderbetreuung geknüpft sind, könnten soziale Normen weiter verändern.

Zu Beginn des Jahres 2007 hat das Elterngeld als Lohnersatzleistung während der Elternzeit das Erziehungsgeld abgelöst. Wesentliche Neuerungen dieser familienpolitischen Reform waren der Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung, die Ausgestaltung als Lohnersatzleistung mit einem Mindestbetrag von 300 und einem Maximalbetrag von 1 800 Euro pro Monat sowie die Verkürzung der maximalen Bezugsdauer von 24 auf 14 Monate. Zudem wurden die sogenannten Partnermonate eingeführt: Zwei der 14 Monate können nur dann in Anspruch genommen werden, wenn sich beide Elternteile die Elternzeit aufteilen. Möchte nur ein Elternteil vom Job pausieren und Elterngeld beziehen, ist dies für maximal zwölf Monate möglich.¹

Die Zielsetzungen des Elterngeldes waren vielfältig: Einerseits sollte Familien mit Kindern im ersten Lebensjahr ein „Schonraum“ ermöglicht werden, damit sich Eltern(teile) in dieser Zeit vorrangig der Betreuung ihrer Kinder widmen können. Zweitens sollte das Elterngeld durch die Ausgestaltung als Lohnersatzleistung beiden Elternteilen eine wirtschaftliche Selbstständigkeit ermöglichen. Die verkürzte maximale Bezugsdauer sollte die Erwerbsbeteiligung von Müttern fördern. Zudem gab es gleichstellungspolitische Ziele: Die Ausgestaltung als Lohnersatzleistung und die Einführung der Partnermonate sollten die Anreize für Väter erhöhen, sich aktiver an der Betreuung der Kinder zu beteiligen.²

¹ Zum 1. Juli 2015 wurde das Elterngeld durch die Einführung des *Elterngeld Plus* reformiert. Da die Analysen in diesem Bericht nur die Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 im Fokus haben, wird das *Elterngeld Plus* hier nicht näher beschrieben. Für eine ausführliche Darstellung der gesetzlichen Regelungen des Erziehungsgeldes, des Elterngeldes und des *Elterngeld Plus* siehe beispielsweise Mathias Hübener et al. (2016): Zehn Jahre Elterngeld: eine wichtige familienpolitische Maßnahme. DIW Wochenbericht Nr. 49, 1159–1166 (online verfügbar, abgerufen am 15. August 2017. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

² Vgl. dazu Martin Bujard (2013): Die fünf Ziele des Elterngeldes im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft. Zeitschrift für Familienforschung – Journal of Family Research, 25 (2), 132–153 sowie Heike Trappe (2013): Väter mit Elterngeldbezug – nichts als ökonomisches Kalkül? Zeitschrift für Soziologie, 42 (1), 28–51.

Abbildung 1

Werbeplakat des Bundesfamilienministeriums zur Einführung des Elterngeldes



Die neuen Familienleistungen. Mit Elterngeld und Steuerbegünstigung bei Kinderbetreuungskosten. www.familien-wegweiser.de

**VORTEIL
FAMILIE.**

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kampagne „Vorteil Familie“, 2007.

© DIW Berlin 2017

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) machte auf die Elterngeldeinführung mit einer größeren Werbekampagne aufmerksam. Dazu gehörten Plakate, auf denen das Motto „Krabbeln lerne ich bei Mama. Laufen dann bei Papa.“ zu lesen war (Abbildung 1). Dahinter steht ein Leitbild, demzufolge zunächst für längere Zeit die Mutter ihre Erwerbstätigkeit unterbricht, meist für ein Jahr, und im Anschluss der Vater deutlich kürzer vom Job pausiert, meist für die minimale Dauer von zwei Monaten.³

3 Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Plakat vgl. Patrick Ehnis und Sabine Beckmann (2010): „Krabbeln lerne ich bei Mama, laufe dann bei Papa“ – Zur Einbeziehung von Vätern bei Elterngeld und Elternzeit – eine kritische Betrachtung. *Feministische Studien* 2/10, 313–324.

Zum Ziel, dass viele Mütter im Vergleich zu Zeiten des Erziehungsgeldes früher wieder einer Berufstätigkeit nachgehen, passt der Ausbau der Kindertagesbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren seit Mitte der 2000er Jahre und insbesondere der seit August 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Geburtstag.⁴ Empirische Studien zeigen, dass diese Politikmaßnahme die Einstellungen zu Geschlechterrollen in Deutschland verändert hat.⁵

4 Vgl. dazu beispielsweise Kai-Uwe Müller, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich (2013): Rechtsanspruch auf Kitaplatz ab dem zweiten Lebensjahr: Erwerbsbeteiligung von Müttern wird steigen und Kinder können in ihrer Entwicklung profitieren. *DIW Wochenbericht* Nr. 32, 3–12 (online verfügbar).

5 Siehe dazu Gundula Zoch und Pia S. Schober (2017): *Public Childcare Expansion and Changing Gender Ideologies of Parents in Germany*. Mimeo.

Mütter mit mittleren und hohen Einkommen legen durch Elterngeld längere Erwerbsunterbrechung ein

Die Einführung des Elterngeldes hat die finanziellen Anreize zur Erwerbsbeteiligung während der ersten Lebensjahre eines Kindes stark verändert. Für Mütter in Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen,⁶ die früher bis zu 24 Monate Erziehungsgeld beziehen konnten, war es während dieser Zeit nicht besonders attraktiv, berufstätig zu sein. Dafür sorgten nicht zuletzt hohe Transferentzugsraten⁷, die beitragsfreie Mitversicherung zur gesetzlichen Krankenversicherung und das Ehegattensplitting. Mütter in Familien mit Einkommen über der Bemessungsgrenze erhielten hingegen bis 2007 nach Ablauf des Mutterschutzes (14 Wochen) kein Erziehungsgeld. Für diese Mütter haben sich infolge der Elterngeldreform Anreize ergeben, nach der Geburt des Kindes eine längere Erwerbsunterbrechung von bis zu zwölf Monaten einzulegen.

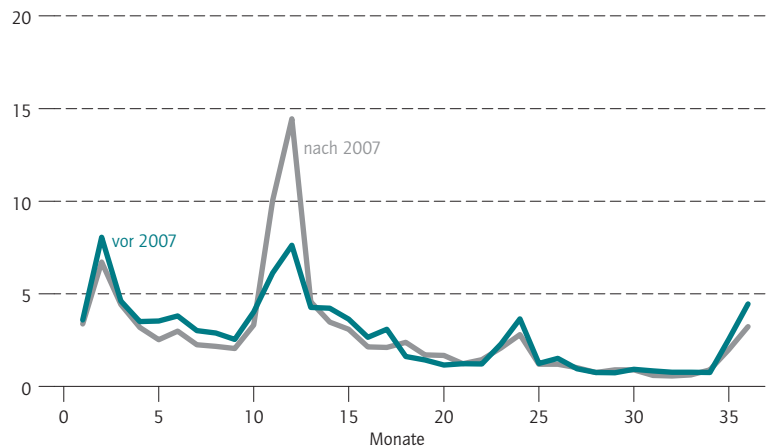
Die Auswirkungen dieser veränderten finanziellen Anreize wurden in empirischen Wirkungsstudien mehrfach untersucht.⁸ Die Befunde bestätigen die Vermutung, dass sich – für alle Mütter, unabhängig von ihrem Einkommen beziehungsweise dem Haushaltseinkommen – als neue Norm etabliert hat, die Berufstätigkeit zwölf Monate lang zu unterbrechen (Abbildung 2).⁹ Sowohl

Abbildung 2

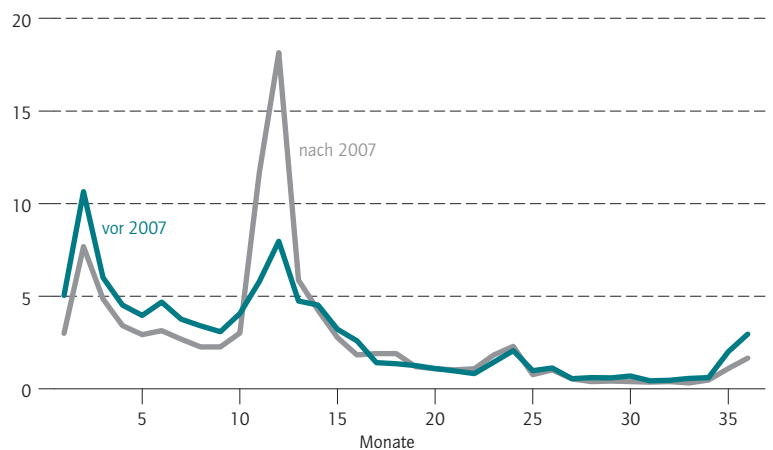
Zeitpunkt der Rückkehr von Müttern in ihren Beruf nach der Geburt des Kindes

Anteile in Prozent

Geringe Einkommen



Mittlere und hohe Einkommen



Anmerkung: Die Grenze zwischen geringen sowie mittleren und hohen Einkommen ist das 33. Perzentil. Die oberen zwei Drittel der Einkommensverteilung gelten demnach als mittlere oder hohe Einkommen.

Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis von LIAB-Daten für die Jahre 1993 bis 2010.

© DIW Berlin 2017

Unter den Müttern mit mittleren und hohen Einkommen ist der Anteil derer, die zwölf Monate nach der Geburt des Kindes in den Beruf zurückkehren, durch das Elterngeld besonders stark gestiegen.

⁶ Die Einkommensgrenzen für den Bezug von Erziehungsgeld lagen im Jahr 2006 für die ersten sechs Lebensmonate des Kindes bei 30 000 Euro pauschaliertem Nettoeinkommen für ein Paar und bei 23 000 Euro für Alleinerziehende. Für den Bezug von Erziehungsgeld ab dem siebten Lebensmonat galten deutlich geringere Einkommensgrenzen (16 500 Euro für ein Paar und 13 500 Euro für Alleinerziehende). Diese Einkommensgrenzen führten dazu, dass in den ersten sechs Lebensmonaten eines Kindes rund drei Viertel aller Familien Erziehungsgeld bezogen, ab dem siebten Lebensmonat jedoch nur noch rund die Hälfte aller Familien. Siehe dazu auch Mathias Huebener, Daniel Kuehnle und C. Katharina Spieß (2017): Einführung des Elterngeldes hat Ungleichheit in kindlicher Entwicklung nicht erhöht. DIW Wochenbericht Nr. 26, 519-529 (online verfügbar).

⁷ Sobald das Erwerbseinkommen die Einkommensgrenze überstieg, wurde dies auf das Erziehungsgeld teilweise angerechnet.

⁸ Eine Studie zeigt beispielsweise, dass die mittlere Erwerbsunterbrechung von Müttern um acht bis zehn Monate verkürzt wurde, siehe Annette Bergemann und Regina Riphahn (2015): Maternal Employment Effects of Paid Parental Leave. IZA Discussion Paper 9073. Weitere Studien zeigen ebenfalls die deutliche Auswirkung des Elterngeldes auf die Dauer der Erwerbsunterbrechungen, beispielsweise Andrea Ziefle und Markus Gangl (2014): Do Women Respond to Changes in Family Policy? A Quasi-Experimental Study of the Duration of Mothers' Employment Interruptions in Germany. European Sociological Review, 30 (5), 562-581. Jochen Kluge und Marcus Tamm (2013): Parental leave regulations, mothers' labor force attachment and fathers' childcare involvement: Evidence from a natural experiment. Journal of Population Economics, 26 (3), 983-1005 sowie Jochen Kluge und Sebastian Schmitz (2017): Back to Work: parental benefits and mothers' labor market outcomes in the medium-run. Industrial and Labor Relations Review (im Erscheinen).

⁹ Die Etablierung einer neuen sozialen Norm bezüglich der Dauer der Elternzeit aufgrund der Einführung des Elterngeldes wird auch in den Studien von Bergemann und Riphahn (2015), a. a. O., sowie Kluge und Schmitz (2017), a. a. O., vermutet. Bergemann und Riphahn zeigen beispielsweise, dass die Verhaltensänderung in den Gruppen von Müttern, die stärker von den sozialen Normen einer längeren Elternzeit betroffen waren (zum Beispiel Mütter mit

einem externen locus of control und Mütter in Westdeutschland), stärker ausgeprägt war als bei anderen Gruppen. Auch Kluge und Schmitz argumentieren, dass die Einführung des Elterngeldes einen Wandel sozialer Normen zugunsten einer zwölfmonatigen Elternzeit von Müttern ausgelöst hat. Sie zeigen, dass die maximale Bezugsdauer des Elterngeldes sowohl für Mütter einen neuen „Ankerpunkt“ setzt, als auch das Verhalten von Arbeitgebern beeinflusst hat.

Kasten

Datenbasis und methodischer Ansatz

Für die empirische Analyse sozialer Interaktionseffekte sind Individualdatensätze notwendig, die Informationen über alle Personen im sozialen Netzwerk einer Ankerperson beinhalten. Die hier vorgestellten Analysen untersuchen erstens soziale Interaktionseffekte am Arbeitsplatz mit Blick darauf, wie lange Mütter ihre Erwerbsarbeit unterbrechen. Zweitens werden soziale Interaktionseffekte innerhalb der Familie, in diesem Fall zwischen Eltern und Großeltern, unter die Lupe genommen.

Für die erste Analyse wird das Längsschnittmodell 1993–2010 (LIAB LM 9310) der *Linked-Employer-Employee-Daten* des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) verwendet.¹ Dieser Datensatz enthält individuelle Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorien der Bundesagentur für Arbeit mit

¹ Zur Datendokumentation vgl. Jörg Heining, Wolfram Klosterhuber und Stefan Seth (2013): *Linked-Employer-Employee-Daten des IAB: LIAB-Längsschnittmodell 1993–2010 (LIAB LM 9310)*. FDZ-Datenreport 08/2013. Der Datenzugang erfolgte über Gastaufenthalte am Forschungszentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (FDZ) und mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung beim FDZ.

tagesgenauen Informationen von über einer Million Personen. Die Personendaten wurden mit den jährlichen Erhebungswellen des IAB-Betriebspanels verknüpft, die umfassende Betriebsinformationen von mehr als 5 000 Betrieben beinhalten. Der Vorteil dieses Datensatzes für die Analysen im vorliegenden Bericht besteht darin, dass aufgrund der Vollerfassung in diesen Betrieben Kolleginnen identifiziert werden können. Ein Nachteil des LIAB-Datensatzes ist, dass er keine Informationen zu Familienstand und Kindern enthält. Daher wird dann von einer Geburt ausgegangen, wenn Erwerbsunterbrechungen von mindestens zwölf Wochen, die in etwa der Dauer eines Mutterschutzes entsprechen, zu beobachten sind.²

Um soziale Interaktionseffekte zu identifizieren, werden zunächst nur jene Frauen betrachtet, die im Reformzeitfenster zwischen dem 1. Juli 2006 und dem 30. Juni 2007 ein Kind bekommen

² Anhand der IAB-Daten ist eine verlässliche Identifikation von Geburtsereignissen und Erwerbsunterbrechungen wegen Elternzeit möglich, vgl. Uta Schönberg (2009): *Does the IAB employment sample reliably identify maternity leave taking?* Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, 42, 49–70.

Mütter mit niedrigerem als auch Mütter mit mittlerem oder höherem Erwerbseinkommen¹⁰ kehren seit der Elterngeldeinführung deutlich häufiger nach zwölf Monaten in ihren Beruf zurück. Dieser Anstieg ist in der Gruppe der Mütter mit mittleren oder höheren Erwerbseinkommen besonders stark.

Soziale Interaktion verstärkt den Elterngeldeffekt auf die Erwerbstätigkeit der Mütter

In einer neuen Studie¹¹ haben die Autorinnen des vorliegenden Berichts untersucht, ob die Einführung des Elterngeldes darüber hinaus Verhaltensänderungen zur Folge hatte, die auf soziale Interaktion zurückgehen. Konkret wurde analysiert, ob die Entscheidung einer Mutter, wie lange sie in Elternzeit geht, von ihren Kol-

leginnen und deren Entscheidungen in vergleichbaren Situationen abhängt.

Grundlage für die empirische Analyse ist der sogenannte *Linked-Employer-Employee-Datensatz* des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB, Kasten). Diese Daten ermöglichen die Zuordnung aller Frauen zu einer sozialen Referenzgruppe, die durch die Berufsgruppe und den Betrieb gekennzeichnet ist. Die verwendete Stichprobe enthält beschäftigte Mütter mit mittleren und höheren Erwerbseinkommen, die zwischen Juli 2007 und Dezember 2009 ein Kind bekommen haben. Um herausfinden zu können, ob es soziale Interaktionseffekte zwischen diesen Müttern und Kolleginnen gab, werden zwei Gruppen gebildet: Die Mütter in der ersten Gruppe haben Kolleginnen, deren Kinder bis zu sechs Monate *nach* Einführung des Elterngeldes zur Welt kamen (sogenannte Treatmentgruppe). Die Mütter in der zweiten Gruppe haben Kolleginnen, deren Kinder bis zu sechs Monate *vor* Einführung des Elterngeldes zur Welt kamen (sogenannte Kontrollgruppe, Abbildung 3).

Die Kolleginnen der Mütter in der Treatment- und der Kontrollgruppe unterscheiden sich demnach bezüglich

¹⁰ Niedrige Erwerbseinkommen sind hier definiert als Einkommen bis zum 33. Perzentil der Verteilung der monatlichen Brutto-Erwerbseinkommen. Mittlere und höhere Einkommen sind jene, die über dieser Perzentilgrenze liegen.

¹¹ Vgl. Clara Welteke und Katharina Wrohlich (2016): *Peer Effects in Parental Leave Decisions*. DIW Discussion Paper Nr. 1600 (online verfügbar).

haben. Diese Frauen werden fortan als „Kolleginnen“ bezeichnet. Für jede soziale Referenzgruppe (Peer-Gruppe), die über den Betrieb und die Berufsgruppe definiert ist, wird die Anzahl der Geburten im Reformzeitfenster vor und nach der Einführung des Elterngeldes gezählt. Für die Analyse werden nur jene Peer-Gruppen verwendet, in denen entweder vor oder nach der Reform Kinder geboren wurden, nicht aber auf beiden Seiten des Stichtages. Als nächster Schritt werden in den Peer-Gruppen alle Mütter ausgewählt, die nach dem 30. Juni 2007, also nach dem Reformzeitfenster, aber vor Ende des Beobachtungszeitraums am 31. Dezember 2009 ein Kind bekommen haben. Außerdem werden nur Mütter betrachtet, die in den oberen zwei Dritteln der Erwerbseinkommensverteilung liegen. Durch diese Einschränkungen bilden 1 340 Mütter die Datengrundlage für die vorliegende Analyse.

Die Analyse der sozialen Interaktionseffekte zwischen Eltern und Großeltern beruht auf Daten des Beziehungs- und Familienpanels *pairfam*. 2008 gestartet, werden in diesem Längsschnittdatensatz jährlich über 12 000 bundesweit zufällig ausgewählte Personen dreier Geburtskohorten (1971–73, 1981–83, 1991–93) und deren Familienangehörige befragt.³ Für die Untersuchung

³ Vgl. Johannes Huinink et al. (2011): Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (*pairfam*): Conceptual framework and design. Zeitschrift für Familienforschung, 23 (1), 77–100.

wird insbesondere die fünfte Befragungswelle aus den Jahren 2012 und 2013 herangezogen, da dort sowohl Ankerpersonen als auch deren Eltern zu familiären Werten und Geschlechterrollen befragt wurden.⁴

Im Beobachtungszeitraum 2004 bis 2011 sind 740 Männer aus dem Datensatz Vater eines Kindes geworden. Die Informationen über die Väter werden für die Analyse mit den Befragungsdaten der Großeltern verbunden. Die Verknüpfung der Befragungsdaten von Vätern mit denen ihrer Eltern reduziert die Stichprobengröße, da der Großelterndatensatz (3 550 Beobachtungen) wesentlich kleiner ist als der Väterdatensatz (7 250 Beobachtungen). Großeltern-Väter-Paare können folglich nur in weniger als der Hälfte aller Fälle identifiziert werden, was einen finalen Datensatz mit 256 Beobachtungen (156 Großmütter und 108 Großväter) ergibt.

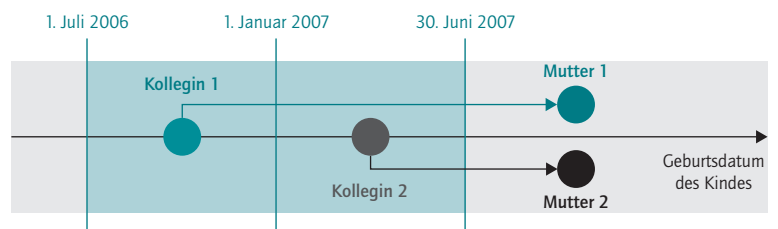
⁴ Für Großeltern, die vor der Erhebung der fünften Welle aus der Umfrage ausgeschieden sind, wurden Daten aus der dritten Welle (2010/11) verwendet.

der Geldleistungen, die sie während der ersten beiden Lebensjahre ihres Kindes erhalten konnten. Für Kolleginnen der Mütter in der Kontrollgruppe galten noch die Regelungen des Erziehungsgeldes, für Kolleginnen der Mütter in der Treatmentgruppe die des Elterngeldes. Da sich die Untersuchung auf Mütter mit mittleren und höheren Erwerbseinkommen bezieht, dürften aufgrund der Bedürftigkeitsprüfung die allermeisten Kolleginnen in der Kontrollgruppe nach dem Mutterschutz kein Erziehungsgeld erhalten haben. Kolleginnen in der Treatmentgruppe erhielten demgegenüber Elterngeld in Form einer Lohnersatzleistung. Entsprechend ist für letztere – wie zuvor auch schon andere Studien gezeigt haben – die Wahrscheinlichkeit, länger als zehn Monate Elternzeit zu nehmen, durch die Einführung des Elterngeldes um rund 20 Prozentpunkte gestiegen (Tabelle 1, erste und zweite Spalte).

In einem weiteren Schritt wird untersucht, wie wahrscheinlich es ist, dass die Mütter aus beiden Gruppen noch während des ersten Lebensjahres des Kindes in ihren Beruf zurückkehren. Im Gegensatz zu ihren Kolleginnen unterscheiden sich die Mütter in der Treatment- und Kontrollgruppe nicht mit Blick auf die Erziehungs-

Abbildung 3

Schematische Darstellung der Analyse von Interaktionseffekten zwischen Arbeitskolleginnen



Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2017

beziehungsweise Elterngeldregelungen, denn alle Mütter haben ihr Kind nach dem 1. Januar 2007 bekommen und konnten demzufolge Elterngeld beziehen. Sie unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der Wahrscheinlich-

Tabelle 1

Auswirkungen des Elterngeldes auf die Erwerbsunterbrechungen von Müttern

Wahrscheinlichkeit, innerhalb von zehn Monaten nach Geburt des Kindes an den Arbeitsplatz zurückzukehren

| | Direkter Effekt durch finanzielle Anreize | | Effekt durch soziale Interaktion | |
|---|---|---------------------|----------------------------------|--------------------|
| | I | II | III | IV |
| Kind geboren nach dem 1.1.2007 ¹ | 0,215*** (0,060) | 0,188*** (0,058) | 0,068*** (0,024) | 0,053** (0,025) |
| Geburtsmonat des Kindes | | 0,000 (0,001) | | -0,001 (0,001) |
| Erwerbseinkommen | | 0,000 (0,000) | | 0,000 (0,000) |
| Hohe Bildung ² | | -0,038 (0,045) | | -0,004 (0,036) |
| Geringe Bildung ² | | -0,084 (0,063) | | 0,010* (0,052) |
| Firmengröße | | 0,000** (0,000) | | 0,000* (0,000) |
| Peer Gruppen Größe | | 0,001*** (0,000) | | 0,000* (0,000) |
| West Deutschland | | 0,074 -0,061 | | 0,007 -0,029 |
| Konstante | 0,533*** -0,06 | 1,016*** -0,258 | 0,748*** -0,019 | 0,931*** -0,142 |
| Anzahl der Beobachtungen | 1 340 | 1 336 | 1 340 | 1 336 |

1 In der ersten und zweiten Spalte bezieht sich das Geburtsdatum auf das eigene Kind der Mutter, in der dritten und vierten Spalte hingegen auf das Kind/die Kinder ihrer Kollegin(nen).

2 Die Variable „hohe Bildung“ nimmt den Wert 1 an, wenn die Mutter einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss hat. Die Variable „Niedrige Bildung“ nimmt den Wert 1 an, wenn die Mutter nur einen Hauptschulabschluss hat. Alle anderen Mütter bilden die Referenzgruppe.

Anmerkung: * Signifikanzniveau = 0,1 ** Signifikanzniveau = 0,05 *** Signifikanzniveau = 0,01. Standardfehler in Klammern.

Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis von LIAB-Daten für die Jahre 1993 bis 2010.

© DIW Berlin 2017

keit, dass ihre Kolleginnen im ersten Lebensjahr nach der Geburt erwerbstätig waren.

Wie die Regressionsanalysen zeigen, ist dieser Unterschied tatsächlich von Bedeutung: Mütter, deren Kolleginnen nach der Elterngeldeinführung ein Kind bekommen haben, sind in den ersten zehn Monaten nach der Geburt mit einer (ausgehend von 75 Prozent) um sechs Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit nicht erwerbstätig als Mütter, deren Kolleginnen vor der Elterngeldeinführung ein Kind geboren haben (Tabelle 1, dritte und vierte Spalte).

Die Einführung des Elterngeldes hat demnach für Mütter mit höherem Erwerbseinkommen nicht nur auf-

grund der Lohnersatzleistung dazu geführt, dass sie längere Erwerbsunterbrechungen wählen. Darüber hinaus haben soziale Interaktionseffekte die durch das Elterngeld gesetzten Anreize verstärkt.¹²

Auch Väter haben ihr Verhalten angepasst

Die Einführung des Elterngeldes hat nicht nur zu Verhaltensänderungen bei Müttern, sondern auch bei Vätern geführt. Diese haben in den vergangenen Jahren immer häufiger Elternzeit in Anspruch genommen. Während vor 2007 nur 3,5 Prozent aller ErziehungsgeldbezieherInnen Väter waren, lag die Väterbeteiligung an der Elternzeit ein Jahr nach der Einführung des Elterngeldes bereits bei über 15 Prozent. Seitdem ist der Anteil der Väter in Elternzeit kontinuierlich gestiegen, bis auf 35,7 Prozent im Jahr 2015 (Abbildung 4). Dabei lag die Bezugsdauer des Elterngeldes für den Großteil der Väter bei zwei Monaten. 2009 nahmen 75 Prozent der Väter in Elternzeit zwei Monate Elterngeld in Anspruch, 2015 waren es 79 Prozent. Daraus lässt sich ableiten, dass sich auch hier eine soziale Norm zu etablieren scheint: Väter nehmen Elternzeit, meistens für zwei Monate.¹³

Großeltern ändern ihre Ansichten zur Arbeitsteilung von Mann und Frau

Maßnahmen wie das Elterngeld könnten jedoch nicht nur Eltern beeinflussen, sondern auch Großeltern. Eine weitere Studie des DIW Berlin¹⁴ hat daher untersucht, ob Großeltern ihre Einstellung bezüglich der Arbeitsteilung von Mann und Frau ändern, wenn ihre Söhne vermehrt in Elternzeit gehen. Die Einstellungen der Großeltern bezüglich der Arbeitsteilung wurden dabei anhand der Zustimmung zu folgender Aussage gemessen: „Frauen sollten sich stärker um die Familie kümmern als um ihre Karriere“.

12 Soziale Interaktionseffekte können durch unterschiedliche Wirkungskanäle zustande kommen. Beispielsweise kann die Beobachtung der Reaktionen von Kolleginnen einen Informationszugewinn und dadurch eine Verringerung der eigenen Unsicherheit bedeuten und über diesen Mechanismus zu ähnlichem Verhalten unter Kolleginnen führen.

13 Eine Untersuchung sozialer Interaktionseffekte bei der Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter unter Arbeitskollegen ist für Deutschland bisher nicht möglich, da Väter anhand der IAB-Daten nicht identifiziert werden können. Eine Studie für Norwegen untersucht soziale Interaktionseffekte unter Arbeitskollegen und Brüdern mit einer ähnlichen statistischen Methode wie im vorliegenden Bericht am Beispiel der Mütter erläutert. Die Autoren können zeigen, dass ein im Jahr 1993 eingeführter Vatermonat in Norwegen dazu geführt hat, dass Väter, die einen Kollegen oder Bruder hatten, der Anspruch auf diesen Vatermonat hatte, eine höhere Wahrscheinlichkeit aufwiesen, selbst in Elternzeit zu gehen als Väter, deren Kollegen oder Brüder diesen Anspruch nicht hatten. Vgl. Gordon B. Dahl, Katrine V. Løken, und Magne Mogstad (2014): Peer Effects in Program Participation. American Economic Review, 104 (7), 2049-2074.

14 Vgl. Ulrike Unterhofer und Katharina Wrohlich (2017): Fathers, Parental Leave and Gender Norms. DIW Discussion Paper Nr. 1657 (online verfügbar).

Für diese empirische Analyse wurden Daten des Beziehungs- und Familienpanels *pairfam* verwendet. Diese Längsschnittstudie ermöglicht die Erforschung partnerschaftlicher und familiärer Lebensformen sowie intergenerationaler Beziehungen in Deutschland, da neben den sogenannten Ankerpersonen, also den Hauptpersonen der Befragung, auch ihre Partner, Kinder, Eltern und Geschwister einbezogen werden (Kasten).¹⁵

Die methodische Vorgehensweise ähnelt der vorangegangenen Untersuchung der sozialen Interaktionseffekte am Arbeitsplatz von Müttern: Großeltern, deren Söhne *nach* der Elterngeldreform ein Kind bekommen haben (Treatmentgruppe), werden mit Großeltern verglichen, deren Söhne *vor* 2007 ein Kind bekommen haben (Kontrollgruppe). Da sich die Großeltern in Treatment- und Kontrollgruppe nur mit Blick auf den Zeitpunkt der Geburt ihres Enkelkinds unterscheiden¹⁶, kann jegliche Änderung in ihren Einstellungen auf die Einführung des Elterngeldes und die damit verbundene höhere Wahrscheinlichkeit, dass ihr Sohn in Elternzeit war, zurückgeführt werden.

Damit eine ausreichend große Stichprobe für die Analyse auf Basis des *pairfam*-Datensatzes erreicht werden kann, bilden Großeltern, deren Enkelkinder zwischen Januar 2004 und Dezember 2006 geboren wurden, die Kontrollgruppe, und Großeltern, deren Enkelkinder zwischen Januar 2007 und Dezember 2010 zur Welt kamen, die Treatmentgruppe (Abbildung 5). Ergeben sich zwischen diesen beiden Gruppen Veränderungen in der Zustimmung zur Aussage, Frauen sollten sich in erster Linie um die Familie kümmern, werden diese auf die Reform zurückgeführt.

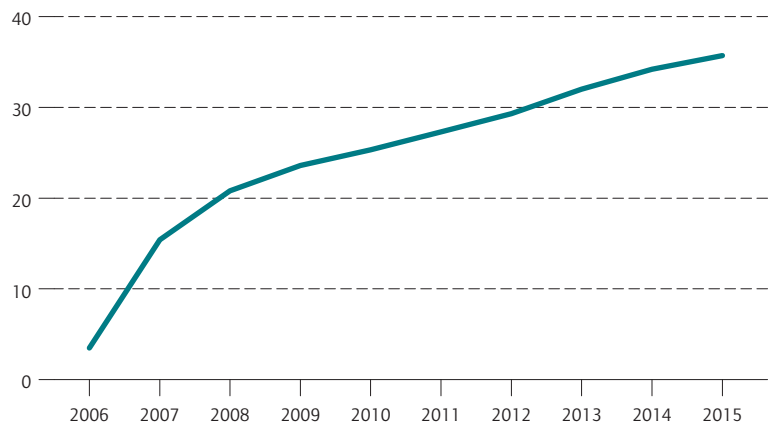
Eine erste deskriptive Auswertung deutet auf einen Einstellungswandel hin: Sowohl für Großmütter als auch für Großväter zeigt sich, dass die Aussage mit einer größeren Wahrscheinlichkeit abgelehnt wird, wenn ihr Sohn nach der Elterngeldeinführung ein Kind bekommen hat (Abbildung 6). Dabei ist der Einstellungswandel bei den Großmüttern deutlicher zu erkennen als bei den Großvätern.

Eine Regressionsanalyse bestätigt die Wirkung des Elterngeldes auf die großelterlichen Einstellungen. Auf Basis eines linearen Wahrscheinlichkeitsmodells wird geschätzt, mit welcher Wahrscheinlichkeit Großeltern die Einschätzung, Frauen hätten sich in erster Linie um

Abbildung 4

Elterngeldbezug durch Väter in den Jahren 2006 bis 2015

Anteil an allen Vätern eines Jahres in Prozent



Anmerkung: Für das Jahr 2006 wurde der Erziehungsgeldbezug von Vätern berücksichtigt.

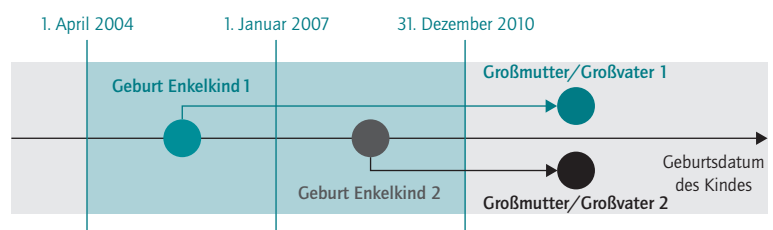
Quellen: Eigene Darstellung auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes.

© DIW Berlin 2017

Der Anteil der Väter in Elternzeit ist über die Jahre kontinuierlich gestiegen.

Abbildung 5

Schematische Darstellung der Analyse von Elterngeldeffekten auf Großeltern



Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2017

die Familie zu kümmern, ablehnen.¹⁷ Insbesondere bei Großmüttern ist das infolge der Elterngeldeinführung mit einer deutlich größeren Wahrscheinlichkeit der Fall: In dieser Gruppe steigt der Anteil derer, die die Aussage ablehnen, um 14 Prozentpunkte, von 21 auf 35 Prozent (Tabelle 2, erste Spalte). Das Ergebnis wird noch deutli-

¹⁵ Vgl. Johannes Huinink et al. (2011): Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (*pairfam*): Conceptual framework and design. Zeitschrift für Familienforschung, 23 (1), 77-100.

¹⁶ Das Geburtsjahr des Enkelkinds wird in den Regressionsanalysen als Kontrollvariable berücksichtigt.

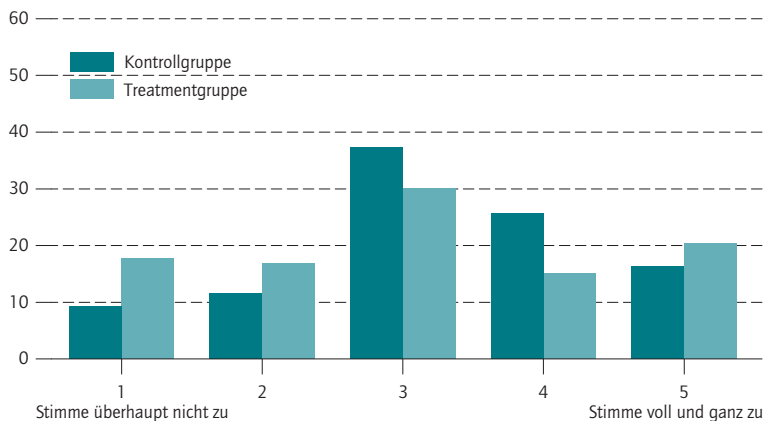
¹⁷ Als abhängige Variable dient eine binäre Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn ein Individuum der Aussage überhaupt nicht zustimmt (1) oder nicht zustimmt (2), und sonst 0 ist.

Abbildung 6

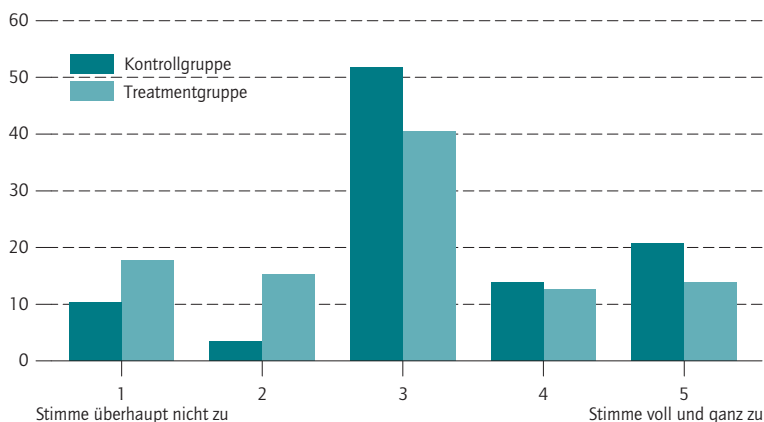
Ablehnung der Aussage „Frauen sollten sich stärker um ihre Familie kümmern als um ihre Karriere“

Häufigkeitsverteilung in Prozent

Großmütter



Großväter



Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis von pairfam, Welle 3 (2010/11) und Welle 5 (2012/13).

© DIW Berlin 2017

Die Aussage wird sowohl von Großmüttern als auch Großvätern mit höherer Wahrscheinlichkeit abgelehnt, wenn ihr Sohn nach der Elterngeldeinführung Vater geworden ist.

cher, wenn zusätzlich sozioökonomische Charakteristika wie Bildungsstand oder Migrationshintergrund sowie regionale Unterschiede, der Ausbau der staatlich geförderten Kinderbetreuung und das Alter des Enkelkindes in die Berechnungen einbezogen werden (Tabelle 2, zweite Spalte). Großmütter, deren Söhne nach der Elterngeldeinführung Väter geworden sind, lehnen die Aussage dann mit einer um 28 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit ab als Großmütter, deren Söhne kurz vor der Elterngeldreform Väter wurden.

Für Großväter bewegen sich die geschätzten Effekte in einer ähnlichen Größenordnung (Tabelle 2, dritte und vierte Spalte), sind jedoch teilweise statistisch nicht signifikant, was an der vergleichsweise kleinen Stichprobe liegen kann.

Fazit

Mit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 war auch die Hoffnung verbunden, dass sich bestehende soziale Normen wandeln – insbesondere mit Blick auf die Arbeitsteilung von Müttern und Vätern während der ersten Lebensjahre eines Kindes. Das Modell, in dem erst die Mutter zwölf Monate Elternzeit nimmt und im Anschluss daran der Vater zwei Monate vom Beruf pausiert, hat das Bundesfamilienministerium vor zehn Jahren stark beworben. Empirische Analysen zeigen, dass die durch das Elterngeld gesetzten Anreize in diese Richtung erfolgreich gewirkt haben. Der vorliegende Bericht verdeutlicht zudem, dass sich soziale Normen nicht nur bei den Eltern und in deren Arbeitsumfeld ändern, sondern auch bei den Großeltern. Diese haben infolge der Einführung des Elterngeldes ihre Einstellungen zur Arbeitsteilung von Mann und Frau angepasst und lehnen die Aussage, eine Mutter hätte sich in erster Linie um Kinder und Familie zu kümmern, immer häufiger ab.

Unter dem Schlagwort „Partnerschaftlichkeit“ gibt das Bundesfamilienministerium seit einigen Jahren das Ziel aus, dass sich Väter deutlich stärker an der Erziehungs- und Betreuungsarbeit beteiligen sollen.¹⁸ Eine Maßnahme in diesem Zusammenhang war die Einführung des *Elterngeld Plus* im Juli 2015. Diese Erweiterung des Elterngeldes benachteiligt nicht länger Eltern, die in Teilzeit erwerbstätig sind. Zudem wurde ein Partnerschaftsbonus eingeführt, der Anreize setzt, dass Mütter und Väter *gleichzeitig* teilzeiterwerbstätig sind.¹⁹ Noch stärker in Richtung einer egalitären Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit geht das Konzept einer Familienarbeitszeit. Dieses Modell sieht vor, dass Eltern ein- bis dreijähriger Kinder eine finanzielle Leistung erhalten, wenn sowohl die Mutter als auch der Vater einer Teilzeiterwerbstätigkeit in Höhe von etwa 75 bis 80 Prozent einer Vollzeittätigkeit nachgehen.²⁰ In diese Richtung geht auch der Vorschlag einer *KinderZeit Plus* von

¹⁸ Vgl. dazu beispielsweise Manuela Schwesig (2016): Partnerschaftlichkeit wird zum Trend. Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau vom 7. November (online verfügbar).

¹⁹ Für eine detaillierte Beschreibung der Regelungen des *Elterngeld Plus* siehe Hübener et al. (2016), a. a. O.

²⁰ Für mögliche konkrete Varianten der Ausgestaltung der Familienarbeitszeit und die Simulation möglicher Kosten siehe Kai-Uwe Müller, Michael Neumann und Katharina Wrohlich (2015): Familienarbeitszeit: Mehr Arbeitszeit für Mütter, mehr Familienzeit für Väter, DIW Wochenbericht Nr. 46, 1095-1113 (online verfügbar).

Bündnis 90/Die Grünen.²¹ Solche Vorschläge könnten die sozialen Normen noch stärker in Richtung einer gleichberechtigten Arbeitsteilung verändern.

Wie die empirischen Analysen gezeigt haben, geht die langfristige Wirkung solcher Maßnahmen weit über die unmittelbaren finanziellen Anreizwirkungen hinaus. Aufgrund sozialer Interaktionseffekte verstärken sich die Verhaltenswirkungen langfristig. Während vor zehn Jahren das (damals neue) Leitbild einer zwölfmonatigen Elternzeit von Müttern, gefolgt von einer zweimonatigen Elternzeit von Vätern, noch sehr kontrovers diskutiert wurde, teilen sich mittlerweile viele Familien die Erwerbs- und Familienarbeit nach der Geburt des Kindes genau nach diesem Modell auf. Zudem werden neue Leitbilder einer deutlich egalitäreren Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit diskutiert. Die Ergebnisse der empirischen Analysen zum Elterngeld geben Anhaltspunkte dafür, dass beispielsweise Geldleistungen, die eine stärkere Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung voraussetzen, ebenfalls das Potential hätten, über soziale Interaktionseffekte mittelfristig Normen und Leitbilder zu verändern.

Tabelle 2

Elterngeldeffekt auf Ablehnung der Aussage „Eine Frau sollte sich stärker um ihre Familie als um ihre Karriere kümmern“ bei Großeltern

| | Großmütter | | Großväter | |
|--|------------|----------|-----------|---------|
| | I | II | I | II |
| Enkelkind geboren nach dem 1.1.2007 | 0,136* | 0,280** | 0,191* | 0,218 |
| | (0,076) | (0,141) | (0,084) | (0,181) |
| Alter | | –0,018** | | –0,012 |
| | | (0,008) | | (0,009) |
| Bildungsjahre | | 0,022 | | 0,030 |
| | | (0,018) | | (0,020) |
| Erwerbstätig, wenn Kind jünger als sechs Jahre | | 0,097 | | |
| | | (0,102) | | |
| Derzeit erwerbstätig | | –0,009 | | –0,056 |
| | | (0,108) | | (0,132) |
| Regelmäßiger Kontakt | | 0,075 | | 0,084 |
| | | (0,092) | | (0,103) |
| Emotionale Nähe | | –0,132* | | 0,022 |
| | | (0,079) | | (0,116) |
| Migrationshintergrund | | 0,048 | | –0,120 |
| | | (0,118) | | (0,132) |
| Alter (Vater) | | 0,031*** | | 0,017 |
| | | (0,011) | | (0,012) |
| Bildungsjahre (Vater) | | –0,014 | | –0,004 |
| | | (0,017) | | (0,019) |
| Alter (Kind) | | –0,029 | | –0,003 |
| | | (0,039) | | (0,051) |
| Veränderung der Kinderbetreuungsquote im jeweiligen Bundesland | | 0,139 | | 0,675 |
| | | (0,597) | | (0,721) |
| Konstante | 0,209*** | 0,034 | 0,138** | –0,089 |
| | (0,061) | (0,522) | (0,065) | (0,730) |
| Beobachtungen | 156 | 156 | 108 | 108 |
| Dummy-Variable für Welle 3 in pairfam | Nein | Ja | Nein | Ja |
| Regionale Dummy-Variablen | Nein | Ja | Nein | Ja |

21 Das Konzept der *KinderZeit Plus* von Bündnis 90/Die Grünen beinhaltet eine Reform des Elterngeldes, sodass jeder Elternteil Anspruch auf eine Geldleistung für acht Monate hat. Weitere acht Monate können die Eltern frei untereinander aufteilen; insgesamt haben sie somit 24 Monate. Vgl. Bündnis 90/Die Grünen (2016): Zeit für Mehr: Damit Arbeit gut ins Leben passt. Fraktionsbeschluss vom 15. März (online verfügbar).

Anmerkung: * Signifikanzniveau = 0,1 ** Signifikanzniveau = 0,05 *** Signifikanzniveau = 0,01. Standardfehler in Klammern.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von pairfam, Welle 3 (2010/11) und Welle 5 (2012/13).

Ulrike Unterhofer ist Doktorandin an der Universität Basel | ulrike.unterhofer@unibas.ch

Clara Welteke ist Doktorandin in der Abteilung Staat am DIW Berlin | cwelteke@diw.de

Katharina Wrohlich ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Gender Studies am DIW Berlin | kwrohlich@diw.de

JEL: J22, D04, J16, H31, D13

Keywords: Parental leave, mothers employment interruptions, fathers' leave taking, social norms, intergenerational social interaction



Dr. Katharina Wrohlich, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Gender Studies des DIW Berlin

INTERVIEW MIT KATHARINA WROHLICH

»Rollenverständnis von Vätern und Müttern ist durch Elterngeld ein Stück weit egalitärer geworden«

1. Frau Wrohlich, 2007 wurde das Elterngeld eingeführt. Die Auswirkungen dieser Maßnahme wurden bereits aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht. Was war die Fragestellung der aktuellen Studie des DIW Berlin? In dieser Studie haben wir untersucht, ob das Elterngeld einen Einfluss auf die Normen und Einstellungen in Deutschland hatte. Insbesondere haben wir uns angeschaut, ob sich die soziale Norm bezüglich der Dauer der Erwerbsunterbrechung von Müttern verändert hat und ob sich die Akzeptanz der Elternzeit von Vätern verändert hat. Zudem haben wir untersucht, wie sich die Einstellungen zur Rollenverteilung von Männern und Frauen bei den Großeltern verändert haben.
2. Zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen? Bei Müttern können wir feststellen, dass sich die zwölfmonatige Elternzeit zu großen Teilen als Norm etabliert hat. Das bedeutet für Mütter mit eher niedrigerem Einkommen de facto eine Verkürzung ihrer Erwerbsunterbrechung, hingegen bedeutet es für Mütter mit hohem Einkommen de facto eine Verlängerung der Elternzeit. Bei Vätern konnten wir sehen, dass sich offensichtlich die Akzeptanz einer zumindest zweimonatigen Elternzeit deutlich erhöht hat. Interessant ist, dass wir auch bei Großeltern feststellen konnten, dass die Einführung des Elterngeldes dazu geführt hat, dass ihre Einstellungen zum Rollenverständnis von Männern und Frauen etwas egalitärer wurde.
3. Wie ist es denn zu erklären, dass sich die Normen auch bei den Großeltern verändert haben? Wir gehen davon aus, dass es innerhalb einer Familie soziale Interaktionseffekte gibt. Zum Beispiel beeinflusst das Verhalten der Söhne die Eltern, und so beeinflusst auch die Tatsache, dass zunehmend mehr Väter in Elternzeit gehen, die Einstellungen der Großväter und Großmütter. Ganz konkret heißt das: Wenn Großeltern sehen, dass ihr eigener Sohn Elternzeit nimmt, dann hat das eben auch einen Einfluss auf ihre eigenen Einstellungen zum Rollenverständnis von Männern und Frauen.
4. Sind das Effekte, die von vornherein beabsichtigt waren? Ja. Die Einführung des Elterngeldes hatte ganz klar zum Ziel, Väter stärker an der Kinderbetreuung zu beteiligen.

Die Einführung des Elterngeldes hatte auch gleichstellungspolitische Zielsetzungen. Es war von der Politik gewünscht, dass sich hier die Einstellungen und die sozialen Normen verändern. Insofern hat das Elterngeld auch die erwünschte Wirkung entfaltet.

5. Gilt das auch für die Dauer der Erwerbsunterbrechung? Ein ganz klares Ziel des Elterngeldes war es, die im internationalen Vergleich relativ langen Erwerbsunterbrechungen von Müttern tendenziell zu verkürzen. Das ist auch geglückt. Eine Ausnahme ist hier die Gruppe der Mütter mit hohem Einkommen, denn diese Mütter haben ihre Erwerbsunterbrechungen verlängert. Es war durchaus beabsichtigt, durch die Einführung des Elterngeldes einen Schonraum innerhalb des ersten Jahres zu schaffen, ohne dass die Eltern in dieser Zeit, in der sie sich vorrangig um die Betreuung des Kindes kümmern, ihren Lebensstandard stark einschränken müssen. Insofern, würde ich sagen, hat das Elterngeld auch hier die erwünschte Wirkung gehabt.
6. Haben denn die Ziele und Absichten, die man 2007 mit der Einführung des Elterngeldes verbunden hat, auch aus heutiger Sicht noch Bestand? Im Großen und Ganzen ja, aber die partnerschaftliche Aufteilung der Kinderbetreuung zwischen Vätern und Müttern ist doch noch mal stärker in den Fokus gerückt. Insbesondere die ehemalige Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) hat diese Partnerschaftlichkeit als Schlagwort sehr stark forciert, und in diesem Zusammenhang wurde ja auch beispielsweise das Elterngeld Plus vor zwei Jahren eingeführt. Weitere familienpolitische Konzepte und Vorschläge, die im Moment auch im Wahlkampf diskutiert werden, wie zum Beispiel die Familienarbeitszeit von Seiten der SPD oder auch das Familienzeitbudget von Seiten der Grünen, zielen noch stärker darauf ab, Väter noch mehr in die Kinderbetreuung einzubeziehen.

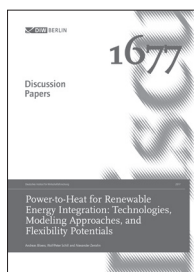
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Discussion Papers Nr. 1677

2017 | Andreas Bloess, Wolf-Peter Schill, Alexander Zerrahn



Power-to-Heat for Renewable Energy Integration: Technologies, Modeling Approaches, and Flexibility Potentials

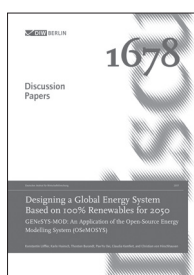
Flexibly coupling power and heat sectors may contribute to both renewable energy integration and decarbonization. We present a literature review of modelbased analyses in this field, focusing on residential heating. We compare geographical and temporal research scopes and identify state-of-the-art analytical model formulations, particularly concerning heat pumps and thermal storage. While numerical findings are idiosyncratic to specific assumptions, a synthesis of results generally indicates that power-to-heat technologies can cost-effectively contribute to fossil fuel substitution, renewable integration, and decarbonization. Heat pumps and passive thermal storage emerge as particularly favorable options.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1678

2017 | Konstantin Löffler, Karlo Hainsch, Thorsten Burandt, Pao-Yu Oei, Claudia Kemfert, Christian von Hirschhausen



Designing a Global Energy System Based on 100% Renewables for 2050: GENeSYS-MOD: An Application of the Open-Source Energy Modelling System (OSeMOSYS)

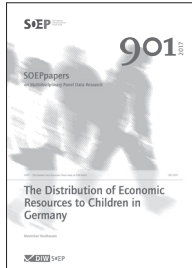
This paper develops a path for the global energy system up to 2050, presenting a new application of the open source energy systems model OSeMOSYS to the community. It allows quite disaggregate energy and emission analysis: GENeSYS-MOD (Global Energy System Model) uses a system of linear equations of the energy system to search for lowestcost solutions for a secure energy supply, given externally defined constraints, mainly in terms of CO₂-emissions.

The General Algebraic Modeling System (GAMS) version of OSeMOSYS is updated to the newest version and, in addition, extended and enhanced to include e.g. a modal split for transport, an improved trading system, and changes to storages. The model can be scaled from small-scale applications, e.g. a company, to cover the global energy system. The paper also includes an application of GENeSYS-MOD to analyze decarbonization scenarios at the global level, broken down into 10 regions. Its main focus is on interdependencies between traditionally segregated sectors: electricity, transportation, and heating. Model calculations suggests that in order to achieve the 1.5°–2° C target, a combination of renewable energy sources provides the lowest-cost solution, solar photovoltaic being the dominant source. Average costs of electricity generation in 2050 are about 4 €cents/kWh (excluding infrastructure and transportation costs).

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 901
2017 | Maximilian Stockhausen



The Distribution of Economic Resources to Children in Germany

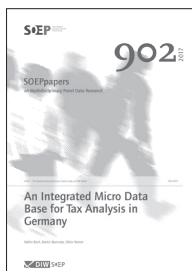
This paper investigates the redistributive impact of private and public childcare provision and education on children's resources in Germany between 2009 and 2013. It takes account of the multidimensionality of children's needs and access to economic resources by applying an extended income approach. Combining survey data from the Socio-Economic Panel (SOEP) with administrative data from the German Federal Statistical Office, extended disposable income inequality is found to be significantly lower than disposable cash income inequality at the five percent level across all years. However, the extension does not significantly change distributional trends. At the same time, publicly provided childcare and schooling notably decrease

inequality among children such that it cushions cash income inequality. One major reason for this effect is that public in-kind benefits profit children living with single parents, which are deprived in terms of cash incomes, most. This gives additional evidence on the importance of publicly provided childcare and schooling as a policy instrument to equalize economic resources and opportunities in children's lives.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 902
2017 | Stefan Bach, Martin Beznoska, Viktor Steiner



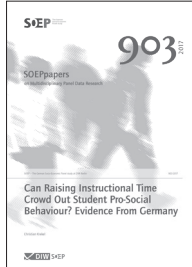
An Integrated Micro Data Base for Tax Analysis in Germany

This paper documents methodology underlying the construction of the integrated data base for our study on "Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? - Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems" (Who bears the tax burden in Germany? - Distributional Analyses of the German tax and transfer system). Financial support from the Hans Böckler Stiftung for the project is gratefully acknowledged. The paper greatly benefited from comments by the members of the scientific advisory council of the project.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 903
2017 | Christian Krekel



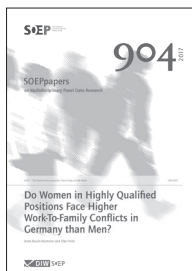
Can Raising Instructional Time Crowd Out Student Pro-Social Behaviour? Evidence From Germany

We study whether raising instructional time can crowd out student pro-social behaviour. To this end, we exploit a large educational reform in Germany that has raised weekly instructional time for high school students by 12.5% as a quasi-natural experiment. We find that this rise has a negative and sizeable effect on volunteering, both at the intensive and at the extensive margin. It also affects political interest. There is no similar crowding out of scholastic involvement, but no substitution either. We conclude that instructional time plays an important role in shaping student pro-social behaviour.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 904
2017 | Anne Busch-Heizmann, Elke Holst



Do Women in Highly Qualified Positions Face Higher Work-To-Family Conflicts in Germany than Men?

Changing employment conditions lead to new chances, but also new risks for employees. In the literature, increasing permeability between occupational and private life is discussed as one special outcome of this development that employees must face, especially those in highly qualified positions. Drawing on existing research, we investigate in how far women and men in those positions differ in their perceived work-to-family conflicts (WFC), considering the mediating role of gender specific job opportunities. Referring conflicting theoretical arguments, we hypothesize that in Germany - as a conservative welfare state - women, especially those with

family responsibilities, will perceive higher WFC than men in those positions. Our analysis is based on data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP). Using the Siegrist instrument on effort-reward imbalance we find that women in highly qualified positions perceive higher WFC than men. This association is explained by women's lower willingness to take risks, and also partly explained by lower job rewards women receive. It gets visible even more strongly if women's lower time-based burdens in the job are controlled for. Mixed results are observed concerning associations between family responsibilities and WFC, which is in line with ambivalent results in the literature.

www.diw.de/publikationen/soeppapers





Martin Gornig ist Forschungsdirektor Industriepolitik und stellvertretender Abteilungsleiter am DIW Berlin und Honorarprofessor für Stadt- und Regionalökonomie an der Technischen Universität Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Qualitätssiegel „Made in Germany“ ist noch zu retten

Rechtzeitig zum 130. Geburtstag des Labels „Made in Germany“ scheinen die deutschen Autokonzerne dem Qualitätssiegel den Garaus machen zu wollen. Der zentrale Inhalt von „Made in Germany“ ist das Versprechen auf zuverlässig hohe Produktqualität und die bestmögliche Ingenieursleistung. Die Absprachen und Trickereien der Autobauer – mehr oder weniger gedeckt durch das deutsche Prüf- und Kontrollsystem – haben das Vertrauen in dieses Versprechen schwer erschüttert. Nicht Schadensbegrenzung ist jetzt gefragt, sondern eine Vertrauensoffensive in das Produktionssystem Deutschland.

Ursprünglich war das heutige Qualitätssiegel als Warnung gedacht. Am 23. August 1887 – also genau vor 130 Jahren – beschloss das britische Parlament eine Kennzeichnungspflicht für Importwaren, um die Verbraucherinnen und Verbraucher vor minderwertiger Importware insbesondere aus Deutschland zu schützen. In der Tat war zu dieser Zeit die industrielle Infrastruktur Deutschlands gegenüber England, aber auch Frankreich rückständig. Die deutsche Industrieproduktion konzentrierte sich eher auf einfache, billige Produkte mit geringer Qualität.

In den Folgejahren allerdings wurde aus dem Warnhinweis das Qualitätssiegel „Made in Germany“. Deutschland organisierte einen massiven Ausbau der industriellen Infrastruktur durch Gewerbeschulen, Industrievereine und ein technisches Zertifizierungssystem wie die DIN-Normung. Das Ausbildungsniveau und die Zuverlässigkeit der Arbeitskräfte stiegen. Öffentliche Kontrollsysteme wie Gewerbeaufsicht, Arbeitsschutz bis hin zu technischen Überwachungs- und Zulassungsverfahren sicherten die Voraussetzungen für die Produktion qualitativ hochwertiger Produkte.

In der Nachkriegszeit avancierte das Qualitätssiegel „Made in Germany“ sogar zu einem Eckpfeiler des deutschen Wirt-

schaftswunders. Insbesondere Konsumgüter wie Spielwaren, Textilien, Bekleidung oder Haushaltsgeräte aus Deutschland eroberten die internationalen Märkte. Mittlerweile steckt jedoch im Konsumgut „Made in Germany“ mehr und mehr ausländische Wertschöpfung. Manchmal wird hierzulande nur noch das Markenschild aufgetragen. Für die heutige deutsche Industrie mit ihrem Fokus auf komplexe Investitionsgüter wie Maschinenbau, Elektrotechnik und Fahrzeugbau spielt das Qualitätssiegel „Made in Germany“ mehr denn je eine herausragende Rolle.

Auch die deutschen Autobauer haben davon hinreichend profitiert. Viele Jahre haben sie mit ihren innovativen und zuverlässigen Produkten sogar zur Steigerung des Markenwertes „Made in Germany“ beigetragen. Nun aber scheinen sie alles daran zu setzen, den guten Ruf der deutschen Industrie zunichte zu machen. Trickereien, Absprachen, Lügen und Betrug im Zusammenhang mit dem Dieselskandal zerstören das Fundament des Qualitätssiegels „Made in Germany“, nämlich das Vertrauen in das Produktionssystem Deutschland. Die Marke „Made in Germany“ steht nicht nur für die Arbeitsleistung gut ausgebildeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Produktion sowie die Ingenieurskünste in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, sie steht auch für ein zuverlässiges, korruptionsfreies Kontroll- und Überwachungssystem.

Nun ist der Dieselskandal beileibe nicht die erste Herausforderung für das Produktionssystem Deutschland. Diesmal aber betrifft es eines der deutschen Aushängeschilder: das Auto – und nicht nur eine Marke, sondern die ganze Branche. Umso wichtiger ist es jetzt, Vertrauen zurückzugewinnen. Doch beim sogenannten „Dieselgipfel“ Anfang August ging es mehr um Schadensbegrenzung als tatsächlich um eine Strategie zur Rückgewinnung verlorengegangenen Vertrauens. Gefordert sind jetzt aber nicht nur die Manager der Konzerne, sondern auch die Aufsichtsbehörden und die Politik. Denn neben einer lückenlosen Aufklärung geht es in erster Linie darum, ein unabhängiges, transparentes und wirksames Prüf- und Kontrollsystem wiederherzustellen. Damit „Made in Germany“ ein Qualitätssiegel bleibt.